

**Zurück zu Tempo 50**

Auf vielen Hauptverkehrsstraßen wird aus 30 km/h wieder Tempo 50

Seite 5

**Geothermie für Berlin**

Erweitern des Energieatlases bietet zahlreiche Chancen

Seite 6



*Liebe Berlinerinnen und Berliner,*

aktuell sehen wir hunderttausende Menschen auf den Straßen. Sie demonstrieren für unsere Demokratie, für unsere Freiheit, für unsere Werte. Was wir hier sehen, sind klare, unmissverständliche Botschaften gegen Rechtsextremisten. Wir Demokraten stehen zusammen. Wir lassen uns nicht spalten. Es ist genug.

Es ist unerträglich, wenn in diesem Land wieder die Hand und die Stimme gegen unsere Mitmenschen jüdischen Glaubens oder Andersdenkende erhoben wird; Wenn Hass gesät wird und sich Umstürzler zu geheimen Treffen verabreden, um die Abwicklung dieses Systems zu beraten. Das ist Gift für unser friedliches Zusammenleben, Gift für unseren Wohlstand, Gift für unsere Zukunft.

Unsere Demokratie mag nicht vollkommen sein, aber gibt es ein besseres Modell des Zusammenlebens? Ich denke nicht.

Schauen wir nach Moskau, nach Teheran, nach Honkong oder nach Peking: Dort werden Menschen mit psychischer und physischer Gewalt mundtot gemacht. Mich erinnert das an schlimmste Zeiten der NS- und SED-Diktaturen in Deutschland.

Wir kennen unsere Vergangenheit, wir haben aus ihr gelernt. Und wir kennen die Vorzüge der Demokratie. Dafür lohnt es sich leidenschaftlich zu kämpfen. Wir sind alle aufgerufen, jedem die Stirn zu bieten, der sich antisemitisch, verfassungsfeindlich oder menschenverachtend äußert!

Lasst uns Freunde der Demokratie erkennen, bei allen fachlichen Unterschieden. Und lasst uns die Gegner der Demokratie erkennen, bei aller vermeintlicher fachlicher Nähe.

*Dirk Stettner*

Dirk Stettner  
Fraktionsvorsitzender

# klartext

NEU

zur Stadt, Ihrem Kiez &amp; dem Berliner Parlament

Zeitung der CDU-Fraktion Berlin | März 2024



CDU-Fraktionschef Dirk Stettner mit VBB-Chefin Ute Bonde und BVG-Chef Lenker Henrik Falk (v.l.) Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

## Wie Berlins Busbetrieb jetzt besser gesichert werden kann

CDU-Fraktion unterstützt BVG-Pläne zur Gewinnung neuer Busfahrer

„Berlins Große Gelbe in liebevolle Hände abzugeben, die wissen, wo es langgeht.“ So oder ähnlich könnte die Stellenanzeige der BVG lauten. Denn die sucht händerringend 350 neue Busfahrer. Die CDU-Fraktion sicherte ihr dabei Hilfen zu bei einem Spitzentreffen mit den Vorstandschef Henrik Falk (BVG) und Ute Bonde (Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg).

### Mehr Ausbildung und Prämienzahlung

Was ist konkret geplant? So sollen zunächst Ausbildungskapazitäten erweitert werden. Neben dem Zentrum in der Müllerstraße (Wedding)

1 Mio. €

zusätzliche Mittel für den Berliner Busverkehr

könnte nun ein weiteres im Ostteil der Stadt entstehen. Zudem winkt neuen Buslenkern eine erhöhte Prämie nach bestandener Fahrausbildung.

Fraktionschef Dirk Stettner sieht die BVG auf dem richtigen Weg: „Wir unterstützen dieses Vorhaben in unserem neuen Haushalt mit einer Million Euro an zusätzlichen Mitteln jährlich.“

Der Beruf Busfahrer hat bei der BVG durch bessere Arbeitszeiten (37,5 statt 38 Wochenstunden) und einem erhöhten Weihnachtsgeld von jetzt 1900 Euro an Attraktivität gewonnen. Das Grundgehalt bei Vollzeit liegt jetzt bei 2770 Euro brutto plus Zuschläge.

Die BVG verfügt über eine Busflotte mit 1510 Fahrzeugen, darunter 138 mit Elektroantrieb. Alle zusammen haben allein 2023 mehr als 400 Millionen Kilometer absolviert.

Der aktuelle Personalmangel ist nicht nur ein Berliner Problem, sondern betrifft nahezu alle Nahverkehrsbetriebe in den Ländern. Er führt leider immer wieder dazu, dass Angebote ausgedünnt werden müssen. Taktverlängerungen und Ausfälle sind für Kunden ein Ärgernis und das Gegenteil eines attraktiven Nahverkehrs. Das Ziel der Busfahrer-Anwerbung: der Bus soll verlässlich und regelmäßig kommen und von A nach B bringen, in ganz Berlin.

### SPIELPLÄTZE

6 Mio. €

mehr Geld für nötige Sanierungen

Seite 7



„Wir dürfen keinen Platz für Antisemitismus lassen“

Interview mit der Berliner Justizsenatorin Dr. Felor Baden-Berg

Seite 3

## Neue Grundsteuer wird nicht zur Teuersteuer

Mieter und Eigentümer werden nicht wie befürchtet belastet

Der letzte Grundsteuerbrief des Finanzamtes war für viele Mieter und Eigenheimbesitzer ein Schock. Durch das nach dem Bundeskanzler benannte Scholz-Modell hätte die Neuberechnung des Grundsteuermessbetrages die Grundsteuer ab 2025 massiv verteuert. Michael K. aus Pankow sollte nach dem Vorbescheid seines Finanzamtes ab 2025 fünfmal mehr zahlen als bisher. Nun kann er wie viele andere Betroffene aufatmen. Alles deutet jetzt darauf hin, dass die neu geregelte Grundsteuer für die Berliner nicht mehr zur Teuersteuer wird.

Das Bundesverfassungsgericht hat 2018 eine Neuberechnung der Grundsteuer gefordert, auch weil es in Deutschland zwei Berechnungsmethoden gab: eine im Westen, eine im Osten, damit auch zwei Rechnungen und große Unterschiede in Berlin.

### Hebesatz fast halbiert

Berlin wird jetzt den Hebesatz um fast die Hälfte senken – von 810 auf 470 Prozent. Gleichzeitig wird die sogenannte Steuermesszahl bewohnter Grundstücke angepasst. Damit sinken die

Mehrbelastungen deutlich. Auch die von Michael K.: „Ich bin erleichtert, dass ich nicht so stark zur Kasse gebeten werde, wie ich befürchtet hatte.“

Die Finanzverwaltung hat berechnet: Für eine 74-Quadratmeter-Wohnung fallen jetzt 282 Euro Grundsteuer im Jahr an, anstatt 486 Euro ohne Gesetzesänderung.

Der Besitzer des Muster-Einfamilienhauses mit 120 Quadratmetern zahlt künftig nur 447 Euro jährlich. Der Vorbescheid hatte hier eine Forderung von 771 Euro vorgegesehen.

### Kostenloser Grundsteuer-Rechner

Wer sich selbst ausrechnen möchte, wie seine Ersparnis durch die Absenkung des Hebesatzes gegenüber dem Vorbescheid ausfällt: Unter [www.grundsteuerrechner.berlin](http://www.grundsteuerrechner.berlin) stellt die CDU-Fraktion einen kostenlosen Grundsteuerrechner zur Verfügung.

Wohnen bleibt mit der neuen Grundsteuer bezahlbar. Genau das wollte die CDU-Fraktion immer erreichen.



Der Rechner der CDU-Fraktion hilft, wer seine Steuer selbst ausrechnen möchte Foto: IMAGO/Christian Ohde

## Cannabis-Freigabe besorgt Eltern

Forsa-Umfrage: 63 Prozent der Eltern sorgen sich um die Gesundheit ihrer Kinder. Grund: Die von SPD, Grünen und FDP geplante Cannabis-Freigabe könnte zu mehr Konsum verleiten. Zahlen der Berliner Gesundheitsverwaltung belegen: etwa die Hälfte der 15- bis 64-jährigen Berliner hat mindestens schon einmal diese Droge konsumiert. Die CDU-Fraktion lehnt die Legalisierung klar ab, denn sie löst keine Probleme, sondern schafft neue.

## S-Bahn: Es rollt wieder im Tunnel

Gute Nachrichten von der S-Bahn: Nach sechs Wochen Schienenerneuerung im Tunnel zwischen Gesundbrunnen und Yorckstraße, ist mit einer erneuten längeren Sperrung nach Angaben des Projektleiters in den „kommenden Jahren nicht mehr zu rechnen“.

## Mehr WLAN bei der BVG

Berlins Straßenbahnen sollen jetzt komplett mit WLAN ausgestattet sein, bei den mehr als 1500 Bussen soll dies bis Ende März 2024 geschehen. U-Bahnen werden schrittweise mit der Inbetriebnahme neuer Züge ausgestattet. Das teilte die Senatsverkehrsverwaltung auf Anfrage der CDU-Fraktion mit.



Mit der BVG sind Fahrgäste auch unterwegs online  
Foto: IMAGO/Jürgen Ritter

# Bezahlkarte ersetzt Teil des Bargeldes

Überweisungen ins Ausland werden unterbunden



Bezahlkarte statt Bargeld für Asylbewerber  
Foto: Canva

Berlin ist dem länderübergreifenden Vergabeverfahren für die Bezahlkarte beigetreten. Damit ist das Ende der Bargeldausgabe an Asylbewerber beschlossen. Insgesamt beteiligen sich 14 der 16 Bundesländer. Die Federführung hat Hamburg. Nur Bayern und Mecklenburg-Vorpommern werden eine eigene Bezahlkarte einführen. Grundlage für die Einführung ist ein Beschluss der Ministerpräsidenten und des Bundeskanzlers und somit auch ein Erfolg für den Regierenden Bürgermeister Kai Wegner, der sich wie die CDU-Fraktion für die Einführung der Bezahlkarte stark gemacht hatte.

### Überweisungen ins Ausland unmöglich

Das Ziel der Bezahlkarte ist es, die Verwaltung zu entlasten und Bürokratie zu verringern. Gleichzeitig sollen sogenannte Pull-Faktoren abgeschwächt werden. Konkret bedeutet das für die Asylbewerber, dass Überweisungen ins Ausland nicht mehr möglich sind und Bargeld nur noch in einem geringen Umfang abgehoben werden kann.

**„Ziel ist es im Kern, dass wir stärker zu Effizienzsteigerungen kommen und insbesondere auch den Verwaltungsaufwand reduzieren.“**

**Kai Wegner**  
Regierender  
Bürgermeister  
von Berlin

So soll auch die Schlepperkriminalität bekämpft werden. Ansonsten lässt sich die Bezahlkarte beispielsweise in Supermärkten nutzen. Zusätzlich können die Behörden die Region, in der bezahlt werden kann, einschränken.

Die Verwaltungsvorgänge werden deutlich vereinfacht. Asylbewerber brauchen kein extra Bankkonto und der Geldempfang muss nicht mehr persönlich erfolgen. Die Verwaltung spart sich das unnötige Einladungswesen, die Prüfung von Bargeldbeständen und vieles mehr. Die Verwaltung wird dadurch auch wieder einen Schritt digitaler.

### Pilotprojekt ist ein Erfolg

Einige Landkreise in Deutschland haben bereits eine Bezahlkarte für Asylbewerber eingeführt. Ein Pilotprojekt ist beispielsweise im thüringischen Landkreis Greiz gestartet. Im Januar hätten dort rund 200 Personen eine Bezahlkarte erhalten. Lebensmittelhändler und Gewerbetreibende bescheinigten eine störungsfreie Einführung. Schwierigkeiten mit der Bezahlung gab es nicht. Auch

der Großteil der Asylbewerber hatte keine Beanstandungen. Trotzdem gab es einige Asylbewerber, die den Landkreis seitdem verlassen haben.

In einer Pressemitteilung des Landkreises wird außerdem stolz mitgeteilt: „Zusätzlich sind durch die Umstellung auf die Bezahlkarte die Verwaltungskosten minimiert worden. An Auszahlungstagen muss die Kreisbehörde nun nicht nur deutlich weniger Bargeld unter Polizeischutz vorhalten. Auch ist weniger Personal für die Buchungen notwendig.“ Es sind also alle gewünschten Ziele eingetreten, der Pilotversuch ist ein Erfolg.

### Flickenteppich vermeiden

Wenn die Bezahlkarte an den Start geht, ist wichtig, dass sich die Bundesländer bis dahin auf eine gemeinsame Ausgestaltung der Bezahlkarte verständigt haben, damit es nicht zu einem Flickenteppich und Wanderungsbewegungen zwischen den Bundesländern kommt. Dass die Bezahlkarte aber das richtige Instrument ist, daran besteht kein Zweifel.

## Menschen von unserer Demokratie begeistern

Sorgen und Ängste ernstnehmen, Extremismus konsequent bekämpfen

Unser Grundgesetz wird dieses Jahr 75. Ein Grund zum Feiern. Doch die Feierlaune wird getrübt von Ängsten vor den Feinden unserer Freiheit, unserer Werte, unseres friedlichen Zusammenlebens.

Vielen Bürgern wird in diesen Zeiten leider auch viel abverlangt: Krisen wie Inflation, Kriege und der wachsende Frust über das Chaos der Ampelkoalition im Bund. Dazu Demonstrationen, Angriffe auf Einsatzkräfte, wachsender Antisemitismus. Das verunsichert viele.

### „Größte Gefahr ist der Rechtsextremismus“

„Da ist was ins Rutschen gekommen“, brachte unlängst Berlins Regierender

Bürgermeister Kai Wegner (CDU) die Stimmung auf den Punkt. „Und ich hätte nie gedacht, dass ich das heute hier sage: Unsere Demokratie ist in Gefahr.“

Wegner spricht Klartext: „Ohne jeden Zweifel ist die größte Gefahr der Rechtsextremismus.“

Die AfD nennt Wegner brandgefährlich. „Unsere Sorgen und Ängste dürfen nicht bei denen landen, die keine Lösung wollen, die das bekämpfen, was unser Land und unsere Stadt stark macht.“

Der CDU-Politiker appellierte an alle demokratischen Kräfte: „Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass die Menschen wieder von der Demokratie begeistert sind.“



Protest gegen Extremismus  
Foto: IMAGO/IPON

### Sich mehr um die kümmern, die arbeiten und Steuern zahlen

Wie das gelingen wird, weiß CDU-Fraktionschef Dirk Stettner: „Der Schlüssel gegen Radikale und Extremisten ist, sich um die Mitte der Gesellschaft zu kümmern. Um diejenigen, die jeden Tag aufstehen, zur Arbeit gehen und Steuern zahlen. Diejenigen, die den Laden am Laufen halten. Diejenigen, die jeden Tag ihren Kopf hinhalten für unsere Sicherheit.“

Stettner kündigte an, mit besserer Bildung Vorurteile zu bekämpfen, Sicherheitsorgane wie den Verfassungsschutz zu stärken, ebenso unsere Justiz mit mehr Staatsanwälten und Richtern. Zivilgesellschaftliches Enga-

gement soll unterstützt, die Opfer von Hass und rechtsextremistischer Gewalt werden den notwendigen Schutz erhalten.

„Wir müssen die Sorgen und Nöte in ganz Deutschland endlich stärker in den Fokus nehmen“, so Stettner. „Und wir dürfen nicht zulassen, dass sich unbegründete Verlust- und Zukunftsängste verstetigen.“

Stettner will Extremisten von Links und Rechts das Wasser abgraben. „Der beste Weg dafür ist gute Politik der demokratischen Mitte.“



## „Wir dürfen keinen Platz für Antisemitismus lassen“

CDU-Fraktionschef Dirk Stettner im Gespräch mit Berlins Justizsenatorin Dr. Felor Badenberg

Dr. Felor Badenberg (parteilos) wurde im April 2023 vom Regierenden Bürgermeister Kai Wegner (CDU) zur neuen Senatorin für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung ernannt.

**Dirk Stettner:** Ich und die meisten Berliner haben sich gefreut, dass Silvester diesmal friedlicher war, auch ein Erfolg der Zusammenarbeit von Justiz, Polizei und Feuerwehr. Wird dieses Beispiel jetzt bei Großlagen Schule machen, etwa zum 1. Mai?

**Dr. Felor Badenberg:** Die Silvesternacht war friedlicher als im Jahr zuvor. Das ist das Ergebnis einer guten Vorbereitung und des professionellen, großangelegten Einsatzes von Justiz, Polizei und Feuerwehr. Es hat sich gezeigt, wie wichtig und hilfreich enge Zusammenarbeit ist, um Eskalationen zu vermeiden. Allerdings kann dieser Einsatz nicht als Schablone dienen – Großlagen sind individuell zu bewerten und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

**Stettner:** Mich sprechen immer wieder Berliner an wegen Blockaden und anderer Straftaten der Letzten Generation, die erheblichen Ärger machen. Wie bewerten Sie die Neuausrichtung von deren Strategie, statt Straßen zu blockieren jetzt zu „ungehorsamen“ Störaktionen überzugehen und gewählte Politiker bedrängen zu wollen?

**Badenberg:** Wenn Menschen bedrängt werden sollen – ob innerhalb oder außerhalb der Politik – ist das nicht mein Verständnis eines demokratischen Dialogs. Legitimer Protest endet dort, wo man sich über die Rechtsordnung hinwegsetzt. Welche konkrete Protestform die Aktionen der „Letzten Generation“ annehmen, wird sich in Zukunft zeigen.

**Stettner:** Ein weiteres ernstes Thema bewegt unser Land, unsere Gesellschaft: Nicht erst seit dem Hamas-Terror gegen Juden in Israel vom 7. Oktober steht die Bekämpfung von Antisemitismus im Vordergrund. Wie ist die Berliner Jus-

**Wir werden Strukturen, in denen Antisemitismus gelebt und gefördert werden, unmissverständlich und konsequent verfolgen.**

**Dr. Felor Badenberg**  
Senatorin für Justiz

tiz hier aufgestellt, was muss Ihrer Ansicht nach verbessert werden?

**Badenberg:** Antisemitismus ist eine Geisteshaltung, die die Auslöschung einer ganzen Religion fordert. Wir werden Strukturen, in denen Antisemitismus gelebt und gefördert werden, unmissverständlich und konsequent verfolgen. Das bedeutet, dass alle, die sich an Hass und Hetze gegen Israel beteiligen, strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Die Staatsanwaltschaft Berlin habe ich darin bestärkt, Straftaten mit Bezug zu den Geschehnissen in Israel prioritär zu verfolgen. Gewalttaten mit antisemitischem Hintergrund und justiziable Hassreden müssen zeitnah ausermittelt und dann zur Anklage gebracht werden. Wir dürfen keinen Platz für Antisemitismus lassen – das gilt ganz besonders für die Justiz. Deshalb schauen wir nicht nur nach außen, sondern auch nach innen: Verfassungsfeinde haben in staatlicher Verantwortung nichts zu suchen.

**Stettner:** Sie haben der Organisierten Kriminalität klar den Kampf angesagt, Stichwort Vermögensabschöpfung. Wie funktioniert das, was müsste verbessert werden?

**Badenberg:** Illegale Aktivitäten der Organisierten Kriminalität, insbeson-

Justizsenatorin Dr. Felor Badenberg beantwortet Fragen von CDU-Fraktionschef Dirk Stettner  
Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

dere sogenannter Clans, stellen ein großes Problem dar. Die Justiz muss härter, konsequenter und schneller gegen solche Strukturen vorgehen. Dabei setzen wir insbesondere auf die Abschöpfung von Vermögen. Ein Beispiel ist das Modellprojekt „Vermögensabschöpfungen bei Ordnungswidrigkeiten“. Ordnungsämter haben bei Rechtsverstößen, etwa im Bereich der illegalen Geldspielautomaten, ein Wahlrecht zwischen dem Erlass eines Bußgeldbescheides oder der Abschöpfung des erlangten Geldes durch einen Einziehungsbescheid. Im Rahmen eines Einziehungsbescheides bei illegalen Geldspielautomaten bedeutet das ganz praktisch: Jeder Euro, der in den Automaten eingeworfen wurde, kann eingezogen werden. So schwächen wir die Organisierte Kriminalität und ziehen zugleich Gelder ein, die an vielen wichtigen anderen Stellen zum Wohle unserer Stadt verwendet werden können. Aus meiner Sicht gibt es großes Potential bei der Vermögensabschöpfung im Bereich von Ordnungswidrigkeiten.

**Stettner:** Berlins Justiz soll moderner, Verfahren verkürzt werden. Wo sehen Sie Ihre Schwerpunkte?

**Badenberg:** Wir gehen bereits wichtige Schritte in der Digitalisierung und Modernisierung der Berliner Justiz. Mit dem aktuellen Haushalt investieren wir massiv in die Informations- und Kommunikationstechnik. Auch bei der elektronischen Akte geht es voran – im Kammergericht und im Landgericht im Bereich der Zivilgerichtsbarkeit haben wir sie bereits eingeführt. Was mir besonders wichtig ist: Die Modernisierung der Justiz ist kein Selbstzweck. Ich möchte, dass die Menschen in Berlin wieder ein Grundvertrauen in die Justiz bekommen. Dafür brauchen wir auch schnellere Prozesse in einer modernen Struktur. Gleichzeitig verdienen die Beschäftigten in der Justiz gute, moderne und sichere Arbeitsbedingungen und Wertschätzung für die geleistete Arbeit und Hingabe. Hierfür haben wir auch im Doppelhaushalt 2024/2025 erste wichtige Voraussetzungen geschaffen, insbesondere für bessere Schutzausrüstung im Justizvollzug.

**Stettner:** Im Koalitionsvertrag ist die Rede von einem „Cyber Innovation Hub“. Das klingt nach einem riesigen Zukunftsprojekt. Könnten Sie das bitte mal genauer erklären, was sich dahinter verbirgt?



Interessierter Fragensteller: Dirk Stettner mit Dr. Felor Badenberg Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener



### Und jetzt Mal ganz persönlich...

**Stettner:** Hat Ihr Vorname Felor eine Bedeutung?

**Badenberg:** Ja, der Name ist angelehnt an Fleur beziehungsweise flower und bedeutet „Blume“.

**Stettner:** Wie haben Sie Ihre Kindheit verbracht, was ist Ihre schönste Kindheitserinnerung?

**Badenberg:** Mit 12 Jahren bin ich mit meiner Familie nach Deutschland gekommen. Ich erinnere mich gut an die große Unterstützung, die ich hier erleben durfte.

**Stettner:** Wie entstand Ihr Berufswunsch, Jura zu studieren und in die Justiz zu gehen?

**Badenberg:** Ich habe in Deutschland eine herzliche Aufnahme erlebt – aber auch Ungerechtigkeiten. Vielleicht hat das meinen Gerechtigkeitsinn früh geweckt. In jedem Fall hat es mich geprägt und sicherlich auch eine Rolle in meiner Berufswahl gespielt.

**Stettner:** Was sprach für Sie dafür, als Vizepräsidentin des Bundesamts für Verfassungsschutz in den Senat von Berlin zu wechseln?

**Badenberg:** Ich war für eine lange Zeit beim Bundesamt für Verfassungsschutz. Beruflich habe ich dort immer Herausforderungen gesucht und mehrfach Aufgaben übernommen, wenn etwas Neues aufgebaut oder weiterentwickelt werden sollte. Als der Ruf aus Berlin kam, habe ich das als spannende Herausforderung angesehen, auch um Justiz- und Sicherheitspolitik enger zu verzahnen. Die Themen, mit denen ich mich als Senatorin für Justiz und Verbraucherschutz beschäftige, sind Grundpfeiler unserer demokratischen Gesellschaft.

**Badenberg:** Bei Digitalisierung und Innovationen geht es insbesondere auch um Vernetzung und Koordination. Genau hier setzt das „Cyber Innovation Hub“ an. Wir prüfen Möglichkeiten für technologische Innovationen in der Justiz und Wege, Gerichte und Staatsanwaltschaften digitaler aufzustellen, mit dem Ziel einer effizienten und bürgernahen Justiz.



Übung macht den Meister und die Meisterin. Fachkräfte wie sie werden mehr denn je gebraucht. Die Kostenbarriere soll fallen  
Foto: IMAGO/Jochen Eckel

# Für eine kostenfreie Meisterfortbildung

Stärkung und Attraktivitätssteigerung für das Berliner Handwerk

Es ist noch kein Meister vom Himmel gefallen. So sagt es zumindest der Volksmund und so zeigen es auch die aktuellen Zahlen. Im Handwerk herrscht ein großer Nachwuchs- und Fachkräftemangel. Dem möchte die CDU-Fraktion Berlin nun entgegenwirken.

## Es fehlen Fachkräfte

Das Handwerk bildet das Rückgrat unserer Berliner Wirtschaft und spielt eine entscheidende Rolle in unserer Gesellschaft. Trotzdem mussten die Handwerkskammern deutschlandweit etwa 40.000 unbesetzte Ausbildungsplät-

ze melden. Insgesamt fehlen den Handwerksbetrieben eine Viertelmillion Fachkräfte. Eine dramatische Situation, unter der besonders kleine und mittlere Betriebe leiden. Ganze Firmen stehen auf der Kippe, weil die Unternehmensnachfolge nicht geregelt werden kann.

## Mehr Wertschätzung für berufliche Bildung

Aus Sicht der CDU-Fraktion Berlin ist die richtige Antwort auf dieses Problem mehr Wertschätzung und Gleichberechtigung für die berufliche Bildung. Die Kosten für die Fortbildung zum Erlangen

”

**Eine der wichtigsten Forderungen ist, dass die Meisterausbildung komplett kostenfrei ist.**

**Hans Peter Wollseifer**  
bis 2022 Präsident  
des Zentralverbandes  
des Deutschen  
Handwerks

des Meistertitels sollen kostenfrei gestellt werden. Denn leider sind die Kosten für die Meisterfortbildung oft eine finanzielle Hürde für viele potenzielle Absolventen. Einige entscheiden sich deshalb sogar gegen den Handwerksberuf.

Die Vorteile der kostenfreien Meisterfortbildung sind vielfältig. Sie fördert beispielsweise die berufliche Qualifikation, da sie mehr Menschen ermutigt, sich für eine Weiterbildung im Handwerk zu entscheiden. Durch die Steigerung der Zahl qualifizierter Fachkräfte können die Betriebe effizienter arbeiten, schneller wachsen und sich auf dem Markt behaupten.

## Aufstiegschancen werden geschaffen

Es gibt aber auch eine soziale Komponente unter den Vorteilen. Die kostenfreie Meisterfortbildung eröffnet nämlich Menschen aus verschiedenen sozialen Hintergründen die Möglichkeit, ihre beruflichen Perspektiven zu erweitern und sich in einem anspruchsvollen Handwerksberuf zu etablieren.

Hinzu kommt, dass gut ausgebildete Handwerksmeister nicht nur die Hüter traditioneller Handwerkskunst sind, sondern auch Innovatoren, die neue Technologien und Methoden in ihre Arbeit integrieren können.

## Wettbewerbsfähigkeit sichern

Die kostenfreie Meisterfortbildung wäre also nicht nur ein Chancenprogramm und ein Zeichen der Wertschätzung. Sie würde vielmehr einen Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Berlin leisten, indem sie die Attraktivität des Handwerks erhöht. Gleichzeitig trägt sie zur Wettbewerbsfähigkeit Berlins bei, schließlich haben andere Bundesländer, wie Hessen oder Bayern, bereits vorgelegt.

# Der Einsamkeit stärker entgegentreten

Schlüsselprojekt „Berliner Hausbesuche“ wird ausgebaut

Einsamkeit ist keine Krankheit oder Diagnose, aber Einsamkeit kann nachweislich krank machen und sich negativ auf die psychische Gesundheit auswirken. So haben Studien etwa ergeben, dass Einsamkeit seelischen Stress verursachen kann. Chronische Einsamkeit begünstigt deshalb Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Altersdemenz, führt zu Depressionen oder weiteren Leiden. Ein Grund, warum Wissenschaftler Einsamkeit inzwischen auf eine Stufe mit Bewegungsmangel oder erhöhten Alkoholkonsum stellen.

## Betroffene in allen Altersgruppen

Inzwischen fühlt sich jeder vierte Mensch in Deutschland einsam. Die Corona-Pandemie verschlimmerte die Situation. Galten früher besonders ältere

Menschen als betroffen, so sind inzwischen auch immer mehr Jüngere einsam. Einsamkeit betrifft alle Altersgruppen.

Eine Altersgruppe ist aber schwerer zu erreichen als die anderen. Das ist die Gruppe der 70 bis 90-jährigen. Diese Menschen nutzen nahezu kein Internet, sind somit nicht über Onlineprogramme erreichbar und können darüber auch keine neuen Kontakte finden.

## Berliner Hausbesuche gegen Einsamkeit

Aus diesem Grund wurde vom Land Berlin das Pilotprojekt „Berliner Hausbesuche“ gestartet, welches vom Malteser Hilfsdienst umgesetzt wird. Menschen ab dem 70. Lebensjahr können sich kostenlos in einem persönlichen Gespräch über Gesundheit-, Pflege- und Freizeitangebote informieren

*Gut lachen kann,  
wer nicht mehr  
einsam ist*

Foto: IMAGO/Zoonar



blieb ungebrochen hoch, aber für eine Ausweitung des Erfolgsprojekts auf ganz Berlin fehlte das Geld.

## Ausweitung auf ganz Berlin geplant

Die CDU-Fraktion Berlin hat sich daraufhin für das Projekt im Rahmen der Haushaltsberatungen stark gemacht und nun stellt das Land Berlin weitere 3 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung, damit möglichst alle Berlinerinnen und Berliner in den Genuss der Beratung der Berliner Hausbesuche kommen. Das ist ein starkes Zeichen der Politik im Kampf gegen die Einsamkeit. Die Präventionsarbeit wird damit deutlich gestärkt und Älteren Menschen wird eine Brücke zu einem vitalen und selbstbestimmten Leben gebaut.

## KOSTENLOSER TERMIN

**Sie sind älter als 70 Jahre und wollen einen kostenlosen Termin vereinbaren?**

Die Rufnummern von **Berliner Hausbesuche** lauten:

Charlottenburg-Wilmersdorf:  
(030) 348 003-240

Tempelhof-Schöneberg:  
(030) 348 003-241

Steglitz-Zehlendorf:  
(030) 348 003-242

Reinickendorf:  
(030) 348 003-243

Lichtenberg:  
(030) 348 003-250

Marzahn-Hellersdorf:  
(030) 348 003-251

Treptow-Köpenick:  
(030) 348 003-252

QR-Code scannen, um zur Webseite zu gelangen:



# Zurück zu Tempo 50: So werden Berliner wieder mobiler

CDU-Initiative: Auf vielen Hauptverkehrsstraßen wird aus 30 km/h wieder Tempo 50

Viel zu lange schon werden Busse und Autofahrer durch Tempo 30 auf Berlins wichtigsten Verkehrsadern ausgebremst. Auf Initiative der CDU-Fraktion soll sich das jetzt ändern: Zurück zu Tempo 50, wo die Verkehrssicherheit nicht gefährdet wird.

Auf insgesamt 25 Straßenabschnitten soll demnach bald wieder mit 50 statt nur 30 Stundenkilometern gefahren werden, darunter elf mit klarer Priorität wie zum Beispiel Teile des Tempelhofer und Mariendorfer Damms oder der Eisenstraße (siehe Liste).

## CDU setzt um, was sie versprochen und verabredet hat

„Berlin muss mobil und agil sein, Verkehrsbeschränkungen müssen jeweils einen genauen Sinn haben“, sagt Dirk Stettner, CDU-Fraktionsvorsitzender. „In den letzten Jahren ging es besonders den Grünen und Linken vorrangig um die Bekämpfung des Autos. Wir machen Berlin jetzt wieder mobil.“

Die CDU-Fraktion setzt damit nicht nur um, was sie vor der Wahl versprochen hat, hieß es in Zeitungskommentaren. Ihre Vorschläge entsprechen auch dem, was die Union im Koalitionsvertrag durchgesetzt hatte.

Darin heißt es: „Es soll grundsätzlich Tempo 50 auf Hauptstraßen gelten und Tempo 30 auf Nebenstraßen



CDU-Fraktionschef Dirk Stettner: Tempo 50 statt nur 30 km/h, wo dies die Sicherheit auf Hauptverkehrsstraßen erlaubt Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

und dort, wo es sinnvoll ist. In Berlin soll Tempo 30 dort gelten, wo die gesundheitsgefährdenden Grenzwerte von Lärm- und Stickoxiden überschritten sind und dort, wo es die Verkehrssicherheit gebietet, wie beispielsweise vor Kitas, Schulen, Senioren- oder Betreuungseinrichtungen. Dies schließt Überprüfungen der Anordnungen ein.“

## Mehr Tempo 50: Umsetzung noch in diesem Sommer

Mit der Umsetzung soll in diesem Sommer begonnen werden. „Rasende Radler dürfen auf Gehwegen und Radwegen nicht schneller unterwegs sein als der Handwerker auf der Hauptstraße“, sagt Stettner. „Wir nehmen jetzt wieder alle in den Blick, auch den Autofahrer. Das haben wir im Wahlkampf versprochen und dieses Versprechen setzen wir um.“

Es ginge der CDU-Fraktion um den Interessenausgleich aller Verkehrsteilnehmer, im Gegensatz dazu steht der dogmatische Widerspruch einiger Aktivisten. Stettner: „Nicht alles, was schneller als Tempo 30 fährt, ist entweder ein Raser, ein Poser oder Umweltsünder. Dieses Bild versuchen Aktivisten in die Köpfe der Menschen zu zeichnen, aber es entspricht nicht der Wahrheit. Die innerstädtische Regelgeschwindigkeit ist und bleibt Tempo 50.“

## Mobiler Empfang in der U-Bahn

Mobiles Telefonieren in der Berliner U-Bahn soll bald besser funktionieren: Bis Ende März soll im gesamten U-Bahnnetz 4G- bzw. LTE-Mobilfunkempfang möglich sein. Das noch schnellere 5G-Netz soll flächendeckend bis Ende 2025 installiert sein. Quelle: Antwort des Senats auf eine parlamentarische Anfrage.

## Uni-Verbot für brutale Schläger

Nach der brutalen Attacke auf einen jüdischen Studenten der Freien Universität setzt sich die CDU-Fraktion für den Uni-Ausschluss (Exmatrikulation) des Straftäters ein. Dazu soll das Hochschulgesetz angepasst werden. Die Möglichkeit der Exmatrikulation war 2021 von der rot-grün-roten Mehrheit gestrichen worden.

## U-Bahnausbau wird konkret

Für den Weiterbau der U-Bahnlinie 3 von Krumme Lanke bis Mexikoplatz hat der CDU-geführte Senat jetzt die Planungen vorgebracht. Die Verlängerung ist Teil eines Gesamtkonzepts für mehr Schienenverkehr für Berlin.



Foto: IMAGO/Rüdiger Wölk

# Kummer-Nummer: Und es werde wieder Licht

Weitere Fälle, in denen Berlinern geholfen werden konnte

## Kummer-Nummer hilft bei Krankenkassen-Bescheid

Frau Iris R. wandte sich mit der Bitte um Unterstützung an die Kummer-Nummer. Sie machte sich große Sorgen um ihre Freundin, die nach einer Operation sehr viel Gewicht verloren hatte und nun dringend Hilfe benötigte. Schon im Juli 2023 hatte ihre Freundin Pflege beantragt. Der vereinbarte Termin für die Feststellung der Pflegebedürftigkeit konnte aber leider nicht stattfinden, da sich die Freundin zu dieser Zeit im Krankenhaus befand. Nach der Rückkehr aus dem Krankenhaus half Frau R. ihrer Freundin so gut es ging, aber es

wurde dringend professionelle Hilfe benötigt. Alle Anrufe beim Medizinischen Dienst brachten keine Fortschritte. Das Team der „Kummer-Nummer“ setzte sich umgehend mit dem Medizinischen Dienst in Verbindung. Bereits nach kurzer Zeit fand ein Termin statt und die Freundin erhielt ihren Bescheid von der Krankenkasse.

## Straßenlaterne funktioniert wieder

Frau Beate D. wandte sich an unsere Kummer-Nummer, da sie nicht mehr weiterwusste. Seit mehreren Wochen schon funktionierte die Straßenbeleuchtung vor einigen Häusern in ihrer Straße nicht mehr. Auf ca. 60 Metern der Straße war es stockdunkel. Glücklicherweise war es noch zu keinem Unfall gekommen. Wir setzten uns mit der zuständigen Senatsverwaltung in Verbindung und erhielten die Antwort, dass die Netzkabel gewechselt werden müssen, dazu mussten aber auch die Kabelübergangskästen gewechselt werden. Diese Arbeiten mussten zu diesem Zeitpunkt witterungsbedingt ver-



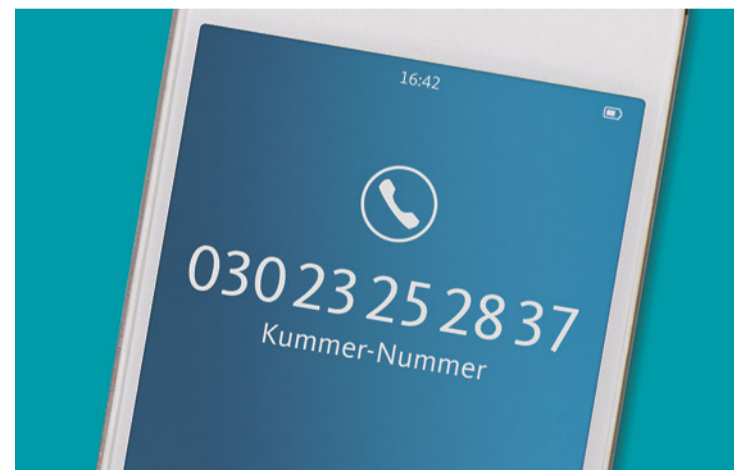
Laterne repariert, Licht geht Foto: IMAGO/Sabine Gudath

schieben werden. Da sich das Wetter verbessert hatte, konnten dann schon in der nächsten Woche die Arbeiten beginnen und die Straße wieder beleuchtet werden.

**i** Wenn auch Sie etwas auf dem Herzen haben, die Kolleginnen und Kollegen der Kummer-Nummer der CDU-Fraktion Berlin stehen an Ihrer Seite. Hier die Nummer gegen Ihren Kummer: 030-23 25 28 37 (montags von 15 bis 17 Uhr, donnerstags von 9 bis 11 Uhr und freitags von 10 bis 12 Uhr) oder per E-Mail an [hilfe@kummer-nummer.de](mailto:hilfe@kummer-nummer.de).



Schnelle Hilfe bei der Pflege Foto: IMAGO/Bihlmayerfotografie



## Ärger mit dem Amt? Kummer-Nummer zur Hand!

Wir helfen gerne. Sollten auch Sie mal Hilfe benötigen, können Sie sich gerne vertrauensvoll an uns wenden.

Die Kummer-Nummer ist Mo 15–17 Uhr, Do 9–11 Uhr und Fr 10–12 Uhr für Sie da.

☎ (030) 23 25 - 28 37

✉ [hilfe@kummer-nummer.de](mailto:hilfe@kummer-nummer.de)

# Potentiale der Geothermie sollen genutzt werden

CDU-Fraktion möchte den Berliner Energieatlas erweitern

Berlin möchte auf dem Weg zur Klimaneutralität künftig deutlich stärker auf Geothermie setzen. Das hat der Senat bereits im vergangenen Jahr beschlossen. Drei Standorte hatte die Senatsverwaltung für Umwelt und Klimaschutz festgelegt. Umweltsenatorin Manja Schreiner (CDU) erläuterte, um welche es sich genau handelt: „Das sind einmal die Urban Tech Republic und das Schumacher-Quartier auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tegel, dann das Fernheizwerk Neukölln und der Campus Berlin-Buch.“

## Wärme aus der Erde

Was aber ist eigentlich Geothermie? Geothermie bezeichnet all die Menge an Wärme, die in unserem Planeten gespeichert ist. Über Bohrungen kann diese Wärme angezapft und genutzt werden. Heißes Wasser aus tief liegenden Reservoiren wird in ein Heizkraftwerk

gepumpt, die Wärme dort als Energie abgegeben und ins Wärmenetz eingespeist. Das Tiefenwasser wird wieder zurückgeführt. Die Art der Energiegewinnung gilt als erneuerbar, weil in unserem Erdkern immer wieder Kernspaltungsreaktionen und radioaktiver Zerfall stattfindet, der neue Wärme entstehen lässt. Grundwasser wird nicht angetastet.

## Günstige und verlässliche Energiequelle

Saubere Kartierung, Analyse und Bohrungen machen die Erschließung von Geothermie nicht ganz einfach, aber wenn die Erschließung erfolgreich war, erhält man eine verlässliche und im Betrieb günstige Energiequelle. Zusätzlich verringert in Berlin produzierte Geothermie die Abhängigkeit von anderen Energiequellen aus dem Ausland. Ein wichtiger Punkt in der aktuellen Weltlage. Deswegen muss die



Erdwärme, die klimafreundliche Energie der Zukunft für Berlin nutzen

Foto: Bundesverband Geothermie/Philipp Spalek

Hauptstadt alle ökonomisch und ökologisch vertretbaren Energiequellen im eigenen Stadtgebiet erschließen.

## Energieatlas für alle öffentlich

Die Grundlage für eine Erschließung ist eine Kartierung und Analyse der Potenzialgebiete. Erst danach können die Maßnahmen

zur Erschließung umgesetzt werden. Die CDU-Fraktion möchte deshalb, dass der qualifizierte Energieatlas allen nutzungsinteressierten Berlinerinnen und Berlinern zur Verfügung gestellt wird, damit sie – egal ob Privathaushalt, Wohnungsbau-gesellschaft, Unternehmen oder öffentliche Hand – eine Grundlage für die mögliche Nutzung von Geothermie haben. So soll der Geothermie-Ausbau beschleunigt werden.

## Vorzeigeprojekt an der Müritz

Wie konstant der Beitrag der Geothermie zur Versorgung unserer Stadt mit erneuerbarer Energie sein kann, zeigt auch der Blick an die Müritz. Seit 1984 wird in Waren erfolgreich Erdwärme im Megawatt-Leistungsbereich für die Wärmeversorgung genutzt. Die Waren waren die ersten in Deutschland, die so eine Heizzentrale in Betrieb genommen haben. Etwas mehr als 1800 Wohnungen, das Kurzentrum, Schulen, Kitas und das Altenheim werden in der Müritzstadt mit der Wärme versorgt. Nun soll die Geothermie dort sogar ausgebaut werden. Der Praxistest ist also schon bestanden.

## Rahmenbedingungen stimmen

Was die kleine Stadt Waren kann, das kann auch Berlin. Dafür spricht zum Beispiel, dass Berlin in der größten Wärmesenke Deutschlands liegt. Die Rahmenbedingungen stimmen also und die Erwartungen sind entsprechend groß. Senatorin Schreiner (CDU) verdeutlicht: „Wenn wir darüber nachdenken, dass circa 20 Prozent unserer Wärmebedarfe durch Geothermie gedeckt werden könnten, dann ist das eine tolle Perspektive.“

Für Berlin jedenfalls bietet Geothermie viele Chancen. Man ist nicht von Wind und Sonnenschein abhängig, die Heizkraftanlagen sind kompakt und verbrauchen wenig Platz und die Energieerzeugung ist klimaneutral und erzeugt auch keinen Feinstaub. Diese Chancen sollte Berlin nun nutzen.

## Erklärvideo zur Geothermie:

Bitte scannen Sie den QR-Code.



Schreib- übung in der Schule	Gebirge auf Kreta	Lach- Juckreiz	Aktion, Handlung	trop. Laub- baum	▼	eng- lische Schul- stadt	Wortteil	Bank- ansturm (engl.)	▼	berl.: die Augen	▼	berline- risch: Klops, Fri- kadelle	berl.: dünne Suppe	▼	trop. Zier- vogel	▼	Alarm- gerät	veraltet: Burg, Festung	▼	Fahr- zeug- teil	▼	Symbol des Christen- tums	Neu- ordnung, Umge- staltung	Ausruf des Schmer- zes	Meeres- säuge- tier	Pas- sions- spielort in Tirol
▼	▼	▼	▼	▼	▼	japan. Zahlen- rätsel	▼	▼	▼	▼	▼	Ausruf des Ekels	▼	▼	▼	▼	fairer Handel (engl., 2 Wörter)	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼
evang. Pfarr- helferin	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	früherer Flug- hafen in Berlin	▼	flieder- blauer Farbton	▼	▼	▼	Schiff, Röhricht relig. Ze- remonieell	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼
▼	▼	▼	▼	▼	▼	Berliner NDW- Band mit A. Humpe	▼	griech. Vorsilbe: fern	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼
berl.: herum- stochern	Getreide- bündel	▼	Blüten- gewächs	▼	▼	norwe- gischer Dichter † 1906	▼	▼	▼	Enterich	▼	Nachlass- empfän- gerin	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼
▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	berl.: geziert, zimper- lich	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼
Kranz, Strauß	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	Schiffs- junge (see- mann.)	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼
▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼
berl.: dumm	geogra- fisches Karten- werk	▼	ver- hängnis- voll	▼	▼	▼	▼	▼	▼	Elbe- Zufluss	▼	Sing- vogel	▼	Schwarm- fisch	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼
▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼
berl.: Furcht	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	orienta- lischer Waren- markt	▼	Satz- zeichen	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼
▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼
ugs.: Fehler, Party	Fluss durch Berlin	▼	Mittel- europä- er, Magyar	▼	▼	▼	▼	▼	▼	Vogel- dünger	▼	berlin.: Schwester oder Bruder	▼	rebel- lieren auf dem Schiff	▼	ugs.: Missge- schick (frz.)	▼	ugs.: über das	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼
▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼
Torten- zutat	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼
▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼
Kf. für ein Navi- gations- hilfsmittel	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼
▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼
Schwung	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼
▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼
großes Gewässer	klang- voll	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼
▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼
Art der Körper- reini- gung	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼
▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼
Identifi- zierungs- verfahren (Augen)	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼
▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼
nord- europ. Binnen- meer	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼
▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

Die **Auflösung** finden Sie auf der letzten Seite.

# Sechs Millionen Euro mehr für Berlins Spielplätze

Weiter hoher Sanierungsbedarf, Kinderzahlen in Berlin steigen an

Lass' uns spielen gehen! Damit das ein großer Spaß bleibt, gibt es auf Initiative der CDU-Fraktion in diesem Jahr sechs Millionen Euro mehr.

Berlin, ein Spielparadies: 1900 öffentliche Spielplätze erstrecken sich auf einer Gesamtfläche so groß wie 471 Fußballfelder (330 Hektar). In den letzten Jahren wurde hier massiv in die Sanierung investiert, in tolle Spielgeräte, von der Rutsche bis zum kleinen Sport-Parcours. Doch der Bedarf ist weiter groß.

Immer wieder gibt es Klagen über kaputte Spielgeräte. Nicht nur durch Überalterung, leider viel zu oft auch durch Vandalismus. Manche Plätze brauchen eine Grundsanierung. Daher ist es gut, wenn die bisher bereitgestellten Gelder für Spielplatzsanierungen jetzt aufgestockt wurden.

## Bevölkerungsprognose bis 2040

Angesichts steigender Kinderzahlen in Berlin sind die Mittel gut und richtig an-

1900

öffentliche  
Spielplätze  
gibt es  
in Berlin



gelegt. Laut aktueller Berliner Bevölkerungsprognose (2021–2040) wird der Anteil der unter Sechsjährigen um 3000 auf dann 215.000 steigen, in der Altersgruppe von sechs bis 15 Jahre um 35.000 auf mehr als 360.000.

Für Berlins Spielplätze gibt es mehr Geld in Millionenhöhe für Reparaturen und Sanierungen  
Foto: IMAGO/Raimund Müller

## Schule auf Tempelhofer Feld

Auf Vorschlag der CDU-Fraktion soll jetzt nach Tegel auch am Standort Tempelhofer Feld eine Willkommenschule für Flüchtlingskinder entstehen. Der Unterricht soll in Containern stattfinden. Sie sollen rechtzeitig zum neuen Schuljahr im August aufgestellt werden.

## „Brücke“: Museum des Jahres 2023

Das Berliner Brücke-Museum am Bussardsteig in Dahlem ist mit seiner einzigartigen Expressionismus-Sammlung vom Kunstkritikerverband AICA zum Museum des Jahres 2023 ernannt worden.



Foto: IMAGO/Schöning



# Lesen, was uns nützt!

Aktuelles aus der Stadt,  
Deinem Kiez & unserem  
Berliner Parlament.

**klartext**

